

Von der Gleichstellung der Geschlechter zur nachhaltigen Familienpolitik

Christiane Lindecke

Politik zugunsten von Frauen tritt in der öffentlichen Debatte und dem politischen Handeln des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend immer mehr hinter familien- und bevölkerungspolitischen Konzepten zurück. Das „Reformprojekt“ Gleichstellung der Geschlechter, das die rot-grüne Regierung noch 1998 anstrebte, ist spätestens seit 2002 von dem Ansatz einer nachhaltigen Familienpolitik überlagert worden. Der Beitrag benennt Ausgangsbedingungen des politischen Paradigmenwechsels, untersucht Entwicklungslinien hin zur familienpolitischen Fokussierung der Bundespolitik und stellt einige Überlegungen zu einer notwendigen Re-Orientierung der Frauen- und Geschlechterpolitik vor.

1 Ist Familienpolitik Frauenpolitik?

Schon seit Jahrzehnten erreichen Mädchen in der Bundesrepublik deutlich bessere Schulabschlüsse als Jungen, die Zahl der Studentinnen ist ebenso hoch wie die der Studenten, in manchen Jahren sogar höher – aber sobald es um Erwerbsarbeit geht, ändert sich das schöne Geschlechterbild. Auch 2005 erhalten Frauen durchschnittlich 30 % weniger Entgelt als Männer, finden sich deutlich weniger Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft. Viele Frauen arbeiten – teilweise auch unfreiwillig – Teilzeit, um Familie und Erwerbsarbeit zu vereinbaren, typische Frauenberufe bieten wenig Aufstiegsperspektiven und oft kein existenzsicherndes Einkommen, einige liegen sogar unter der Armutsschwelle (Bothfeld et al. 2005). Betriebliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern und auch zugunsten einer

besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nehmen immer noch eine nachrangige Position ein. In weniger als 10 % der bundesdeutschen Betriebe gibt es Betriebsvereinbarungen zugunsten dieser Themen (Möller/Allmendinger 2003; Beblo/Wolf 2004; Klenner/Lindecke 2003; Lindecke 2005).

Ergebnisse international vergleichender Studien zum Ausmaß der Geschlechterungleichheit, wie der *Gender Gap Index* des Weltwirtschaftsforums, zeigen die Bundesrepublik auf einem guten neunten Platz – von 58 Staaten. Dieses gute Abschneiden verdankt sich allerdings den Kriterien „politische Teilhabe“ und „Gesundheit und Wohlbefinden“. In den Bereichen „Teilnahme am Arbeitsleben“ und „wirtschaftliche Chancen“ hingegen liegt die Bundesrepublik nur im Mittelfeld (Tabelle 1). Der Teilindikator „Teilnahme am Arbeitsleben“ ergibt sich aus quantitativen Komponenten, wie den Erwerbstätigen- und Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen sowie den Entgeltunterschieden. Hier erreicht Deutschland lediglich Rang 20. Noch weiter zurück fällt die Bundesrepublik

beim Indikator „wirtschaftliche Chancen“, in den auch qualitative Gesichtspunkte einfließen, wie z. B. die „Ghettoisierung“ von Frauen in bestimmten, zumeist gering entlohnten Berufsbereichen. Wenn diese Kriterien betrachtet werden, fällt Deutschland auf Rang 28 zurück.

Diese Themen allerdings sind nur selten eine Schlagzeile wert – Ungleichbehandlung von Frauen und Männern und Frauenförderpolitik finden sich kaum noch in den Medien, diese Inhalte sind sozusagen mega-out (Nohr 2001). Familie hingegen entwickelt sich zu einem der wichtigsten Politikfelder und Wahlkampfthemen überhaupt (Soldt 2005).¹ Allianzen für Familien, die mangelnde Fortpflanzungsbereitschaft von Akademikerinnen,² familienfreundliche Betriebe – diese Begriffe dominieren die „frauenpolitische“

Tabelle 1: Die Gender-Lücke (Gender Gap Index)

Land	Rangplatz (gesamt)	Teilnahme am Arbeitsleben	wirtschaftliche Chancen	politische Teilhabe	Bildungsniveau	Gesundheit und Wohlbefinden
Schweden	1	5	12	8	1	1
Norwegen	2	13	2	3	6	9
Island	3	17	7	2	7	6
Dänemark	4	6	1	20	5	2
Finnland	5	12	17	4	10	4
Neuseeland	6	16	47	1	11	26
Kanada	7	7	27	11	12	14
Großbritannien	8	21	41	5	4	28
Deutschland	9	20	28	6	34	10
Australien	10	15	25	22	17	18

Quelle: World Economic Forum 2005, S. 8.

WSI Hans Böckler Stiftung

1 Zu Erklärungen für die steigende Bedeutung von Familienpolitik bzw. deren Einbindung in die Debatte um den demografischen Wandel vgl. Klenner (2002).

2 So beispielsweise die Allensbach-Studie zum „subjektiven Zeitfenster für Elternschaft“, die einen mangelnden Kinderwunsch als Ursache zurückgehender Geburtenzahlen der „biologisch besten Jahre vor 30“ und die steigende Kinderlosigkeit gut ausgebildeter Frauen konstatiert (Allensbach 2005). Eine detaillierte und spannende Auseinandersetzung mit Zahlen und Mythen sowie Datenerhebungsproblemen der Diskussion über Kinderlosigkeit von Frauen und Männern bieten Schmitt/Winkelmann (2005).

Christiane Lindecke, Dr., Wissenschaftlerin im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.
 Arbeitsschwerpunkt: Frauen- und Geschlechterforschung.
 e-mail: Christiane-Lindecke@boeckler.de

Diskussion, insbesondere auch die Internetseiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Dieser Schwerpunkt ist erstaunlich, wenn man sich zurückbesinnt, dass die rot-grüne Koalition 1998 einmal mit dem Versprechen angetreten ist, die Gleichstellung der Geschlechter als eines der wichtigsten Reformprojekte voranzutreiben (Klenner 2002).

Der folgende Beitrag zeichnet die Entwicklung von einem gleichstellungsorientierten Anspruch hin zu einer familienpolitischen Praxis anhand ausgewählter Gesetze und Gesetzesvorhaben nach. Im Mittelpunkt stehen Regelungen, die zur Gleichstellung von Frauen beitragen sollten, da eigenständige Existenzsicherung für den Großteil der Bevölkerung immer noch durch abhängige Beschäftigung gewährleistet wird. Die Analyse orientiert sich dabei an dem Anspruch der rot-grünen Koalition, Gleichstellung der Geschlechter zu einem zentralen Thema zu machen. Wie sieht nun die Bilanz nach fast zwei Legislaturperioden Rot-Grün aus? Anhand einer Auswahl von Regelungen und Vorhaben, lassen sich zentrale Politiklinien, Chancen und Grenzen der aktuellen Geschlechterpolitik exemplarisch aufzeigen.³ Abschließend werden Perspektiven einer stärker gleichstellungsorientierten Politik entwickelt.

2

Frauen- und Geschlechterpolitik unter Rot-Grün

Zu Beginn ihrer Regierungszeit (1998) kündigten Sozialdemokraten und Grüne einen „neuen Aufbruch für die Frauenpolitik“ an. Die rot-grüne Regierung hatte die Absicht erklärt, die „Gleichstellung von Mann und Frau wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt zu machen“ und dieses Projekt auch in der zweiten Legislaturperiode fortzusetzen (siehe: http://www.gruene-fraktion.de/cms/ueber_uns/dok/5/5656.htm). In der ersten Legislaturperiode wurden auch einige gesetzliche Veränderungen auf den Weg gebracht, die die Stellung von Frauen im Beruf und parallel dazu die Stellung der Männer in der Familie stärken sollten (Klenner 2002).

Exemplarisch für erwerbsorientierte Regelungen seien hier das Gesetz zur

Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz) für den öffentlichen Dienst des Bundes (2001) sowie das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz) (2002) genannt.⁴ Weitere geschlechterpolitische Fortschritte ergaben sich aus der Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes (2001), u. a. eine Geschlechterquote für Betriebsräte sowie deren inhaltliche Zuständigkeit für Fragen der Chancengleichheit (Klenner/Lindecke 2003).

Deutlich mehr Vorhaben und Gesetze wurden allerdings bereits in der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt, wie zum Beispiel der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit durch das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung (2001).⁵ Lange Teilzeitarbeit, und damit eine deutliche Abkehr von der klassischen Halbtagsstelle als Synonym für Teilzeit, ist ein wesentliches Element in der Neuregelung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BERzGG) 2004. Die Neuregelung beinhaltet, dass Mütter und Väter gleichzeitig Elternzeit nehmen und dies mit einer Teilzeitarbeit von bis zu 30 Wochenstunden verbinden können, eine Arbeitszeitdauer, die von vielen Müttern und auch Vätern als „ideale Arbeitszeit“ genannt wird, um Familie und Beruf zu verbinden (Bielenski et al. 2002; BMFSFJ 2004).

Anspruch des Konzeptes ist es, die Übernahme von Familienarbeit durch beide Eltern zu fördern. Damit zeigen sich erste, zaghafte Schritte weg von der traditionellen Arbeitsteilung, hin zu einem mehr egalitären Geschlechtermodell. Direkt an Väter gerichtete Maßnahmen, wie z. B. ein Papa-Monat des schwedischen Modells (Persson 2005), waren allerdings auch in der neuen Elternzeit nicht vorgesehen.

„Alte“ frauenpolitische Forderungen und Konzepte, beispielsweise die Abschaffung des Ehegattensplittings in der Einkommenssteuer, wurden entweder von der rot-grünen Regierung ignoriert oder scheiterten, wie 2001 das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Der bereits ausgearbeitete Entwurf wurde auf Druck der Wirtschaft von der politischen Agenda abgesetzt und durch eine unverbindliche „Freiwillige Vereinbarung“ (Vereinbarung der Bundesregierung und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen

und Männern in der Privatwirtschaft, Juli 2001) ersetzt (Klenner 2004a; Lindecke/Klenner 2005).

Zusammenfassend lässt sich für die erste rot-grüne Legislaturperiode festhalten, dass es einzelne Ansätze zur Verbesserung der Situation erwerbstätiger Frauen gab; der Schwerpunkt der Regierungspolitik richtete sich jedoch auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Man kann hier insoweit immer noch von „Frauenpolitik“ sprechen, weil Frauen weiterhin die primäre Zielgruppe dieser Maßnahmen und Regelungen waren. Frauen wurde es etwas leichter gemacht, Arbeit und Leben zu verbinden; an Männer wurde appelliert und auf deren steigendes Interesse an Familienaufgaben gehofft.

Die familienpolitische Ausrichtung des BMFSFJ verstärkte sich noch durch den Ministerinnenwechsel 2002. Der „neue Kurs in der Familienpolitik“ ergab sich aus einer Bilanz der bisherigen familienpolitischen Maßnahmen: „Eine geringe Geburtenrate geht einher mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit, ein schwaches Bildungsniveau mit gewachsenen Armutsrisiken. Ein Blick auf andere Länder in der Europäischen Union oder in der OECD liefert

3 Der Artikel befasst sich nur mit „originären“ Gesetzen und Maßnahmen der rot-grünen Regierung für den Bereich Frauen- und Familienpolitik. Impulse und Regelungen aus Europa, wie z. B. Uni-Sex-Richtlinie und Anti-Diskriminierungsrichtlinien sowie die Festlegung der Beschäftigungsquote, werden daher vernachlässigt, auch wenn sie weit reichende Folgen für die Situation von Frauen und Männern haben können. Daher findet auch der Ansatz des Gender Mainstreaming hier keine weitere Berücksichtigung. Auch die Auswirkungen weiterer Reformprojekte, wie der des Arbeitsmarktes oder der sozialen Sicherungssysteme, werden in diesem Beitrag nicht behandelt. S. hierzu *Bothfeld* und *Leiber/Zwiener* in diesem Heft. Zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz s. *Tolmein* (2005a, 2005b) und *Lachwitz* (2005).

4 Das Prostitutionsgesetz ist ein Beispiel dafür, wie Gesetze mit einer emanzipatorischen Intention in Kombination mit anderen Reformen zu einer bestenfalls nicht intendierten Wirkung führen können. Die Tageszeitung meldete, dass die Aufhebung der Zumutbarkeit bei der Jobvermittlung dazu führen könne, dass langzeitarbeitslose Frauen im Prinzip in seriöse Bordelle vermittelt werden können – als Bedienung zum Beispiel, aber auch als Prostituierte (Appen 2004).

5 Dieser Anspruch ist allerdings eingeschränkt. Das Gesetz gilt nur für Beschäftigte in Betrieben mit regelmäßig mehr als 15 Beschäftigten und schließt damit den erheblichen Teil der Frauen in Kleinbetrieben aus. Außerdem reichen betriebliche Gründe für den Einspruch des Arbeitgebers gegen das Teilzeitverlangen aus.

weitere bemerkenswerte Erkenntnisse: „Legt man wichtige Indikatoren von Familienfreundlichkeit zugrunde, schneidet Deutschland im direkten Vergleich schlecht ab. Dabei liegt die Bundesrepublik bei der Größenordnung der öffentlichen Geldströme im oberen Drittel“ (Ristau 2005, S. 17f.).

Aus dieser Analyse entwickelte sich ein politischer Paradigmenwechsel. Mit dem Ministerinnenwechsel verschwand eine wie auch immer geartete eigenständige Politik zur Gleichstellung der Geschlechter von der politischen Agenda und wurde durch eine so genannte „nachhaltige Familienpolitik“ ersetzt oder verdrängt, die in der Frage Vereinbarkeit zwei inhaltliche Schwerpunkte hat, den Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen. Ihre Wirksamkeit soll an den Indikatoren Geburtenrate, Vereinbarkeit, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz gemessen werden. Deutlich zeigen sich die Schwerpunkte in Projekten und Maßnahmen wie dem Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie“, dem Audit „Beruf und Familie“, strategischen Partnerschaften in der Allianz für die Familie sowie lokalen Bündnissen für Familie (Ristau 2005).

Unter nachhaltiger Familienpolitik wird dabei eine Politik verstanden, die eine Erhöhung der Geburtenrate und eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit anstrebt. „In der nachhaltigen Familienpolitik spielt folglich die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer eine entscheidende Rolle.“ (Gruescu/Rürup 2005, S. 3).

Exemplarisch für den Fokus auf Kinderbetreuung steht das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat. Das TAG beinhaltet eine quantitative Komponente von 230.000 zusätzlichen Kindergärten-, Krippen- und Tagespflegeplätzen sowie als qualitative Komponente die frühe Förderung von Kindern. Daneben engagiert sich das BMFSFJ mit folgenden Themen in der familienpolitischen Debatte: Weiterentwicklung des Kinderzuschlags, ein Gesetz zum Elterngeld, die Prüfung einer Familienkasse (im Detail: Spieß/Wrohlich 2005) mit Lotsenfunktion für Eltern, und Änderungen im Hinblick auf die Steuerklassen (Ristau 2005).

Im Politikfeld familienfreundliche Arbeitsbedingungen setzt das Ministerium

auf Wettbewerb und Überzeugungsarbeit, auf „Einsicht“ seitens der Wirtschaft in die Vorteile, die sich aus familienfreundlichen Arbeitsbedingungen ergeben. Mit Hilfe unterschiedlicher Gutachten soll nachgewiesen werden, dass Familienfreundlichkeit eine Investition ist, die sich lohnt. In den letzten Monaten ist das BMFSFJ vermehrt mit Gutachten und Publikationen hervorgetreten, die den Appellcharakter mit „Fakten“ verbinden, die der Wirtschaft nahe bringen sollen, dass Familienfreundlichkeit „sich rechnet“. So argumentiert das Gutachten von Prognos (2005) mit Chancen ökonomischen Wachstums durch Work-Life-Balance-Maßnahmen. Im Gutachten „Familienorientierte Arbeitszeit“ (Rürup/Gruescu 2005) wird der nachhaltigen Familienpolitik ein Beitrag zur Überwindung der Wachstumsschwäche in Deutschland zugeschrieben.

3

Perspektiven einer gleichstellungsorientierten Politik

3.1 AMBIVALENTE SIGNALE

Die aktuelle Politik des BMFSFJ des Wahljahres 2005 sendet ambivalente Signale aus. Auf der einen Seite stehen Ansätze, die an den Grundfesten des Geschlechterverhältnisses rütteln und erstmals verbindliche Maßnahmen für Väter festschreiben wollen. In dem Konzept des Elterngelds (Gruescu/Rürup 2005, S. 3; Persson 2005; Bertram u.a. 2005; BMFSFJ 2005) einer „Lohnfortzahlung im Erziehungsfall“ (Uschtrin 2004), wird, ähnlich dem schwedischen Vorbild, ein Monat exklusiv für den Vater reserviert. Damit wird eine Freistellung des Mannes im Erziehungsfall nicht mehr nur eine Frage von Aushandlungs- und Machtprozessen in Beziehungen, sondern durch eine externe und strukturelle Vorgabe dem partnerschaftlichen Verhandeln ein Stück weit entzogen. Ergänzend zeigen unterschiedliche Untersuchungen, dass Männer, die Erfahrungen in Elternzeit machten, gerne über diesen einen Monat hinausgehen und Interesse an dem neuen „Aufgabengebiet Familie“ finden (Gräfinger 2001; Döge 2004). Und schließlich sichert das Elterngeld – wenn auch nur für einen begrenzten Zeitraum – eine eigenständige Existenz für den Eltern-

teil, der aus Erwerbsarbeit aussteigt; damit wird ein Stück weit abgegangen von einem „Taschengeld“ hin zu einer eigenständigen Sicherung.

Auch Ansätze wie die, das Berufswahlverhalten der Jungen stärker in den Blick zu nehmen⁶ und nicht immer nur „Mädchen in Männerberufe“ zu fördern, sind erste Schritte auf dem Weg dahin, die klassischen Geschlechterrollen zu hinterfragen und damit nach und nach auch die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung in den Blick zu nehmen.

Andererseits werden Gutachten veröffentlicht, die fordern, dass Frauenbeauftragte sich zu Elternbeauftragten „weiter entwickeln“ (Bertram et al. 2005) und damit Frauenpolitik noch weiter zu Familienpolitik, konkret Elternpolitik, verengen. Ohnehin sind bereits zentrale geschlechter- oder gleichstellungspolitische Forderungen bei der Konzentration auf Familienpolitik völlig aus dem Blick geraten. Die ungleiche Situation von Frauen und Männern in Erwerbsarbeit, der Abbau von Frauen-diskriminierungen steht kaum noch auf der Agenda.

Die Opposition allerdings sendet eindeutige Signale aus. Von Seiten der CDU kommt im Regierungsprogramm 2005-2009 zwar ein Bekenntnis zur Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt. Ansatzpunkt sind hier aber weder Lohngleichheit noch Frauenförderung, sondern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (CDU 2005). Bei den direkt familienpolitischen Maßnahmen setzt die CDU auf finanzielle Entlastung der Eltern. Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch Ausbau von Kinderbetreuung und verbesserte Teilzeitmöglichkeiten erreicht werden, wobei aber keine Zahlen genannt werden. Wenn man dazu noch die Äußerung der CDU-Familienpolitikerin *von der Leyen* betrachtet, die sich gegen das Tagesbetreuungsausbaugesetz ausspricht, zeigt sich ein klares Signal gegen eine gleichstellungs- und familienorientierte Politik (Handelsblatt 2005).

⁶ Neue Wege für Jungs – ein Vernetzungsprojekt, das unterschiedliche Angebote für Jungenarbeit auf einer Internet-Plattform sammelt (www.neue-wege-fuer-jungs.de).

3.2 VEREINBARKEIT BLEIBT WICHTIG

Unbestritten ist, dass Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, grundsätzlich von Arbeit und Leben, für viele Frauen wichtig sind und ihnen dabei helfen, ihren Alltag zwischen der Notwendigkeit, über Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt zu sichern und dem Wunsch nach Familienleben, etwas besser zu harmonisieren. Im positivsten Fall können Vereinbarkeitsmaßnahmen auch eine Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses nach sich ziehen – das ist abhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung und ihren Inhalten. Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuung und Initiativen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind nicht per se einseitig auf Frauen ausgerichtet, sondern können auch Männer stärker in Familienarbeit einbeziehen. Allerdings können derartige Maßnahmen auch schnell dazu führen, dass Familienverantwortung alleine den Frauen bleibt, denen es ja nun – dank staatlicher Unterstützung – leichter gemacht wird, beides zu wollen und beides zu vereinbaren. Männer in ihrer Rolle als Väter bleiben unberührt; sie treffen individuelle Entscheidungen, ob und inwieweit sie sich in der Familie engagieren wollen.

Und last but not least besteht die Gefahr, dass ausschließlich familienorientierte Maßnahmen gängige Geschlechterstereotype und Klischees reproduzieren. Frauen werden durch diese Politik weiterhin als potenzielle Mütter und damit „betriebliche Risikofaktoren“ definiert, was sich auf ihre Karriere- und Berufsmöglichkeiten negativ auswirkt. Darüber hinaus zeigen Fallstudien in familienfreundlichen Betrieben, dass Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dort am erfolgreichsten sind, wo sie in einen gleichstellungspolitischen Kontext eingebunden und strukturverändernd angelegt sind (Wagner 2005).

3.2 ANSATZPUNKTE EINER GESCHLECHTERPOLITIK

Unbestreitbar ist, dass Unterschiede zwischen Frauen sich verstärkt haben (Both-

feld et al 2005); unbestreitbar ist auch, dass die Interessen von Frauen unterschiedlich sind und auch durch Rahmenbedingungen und Möglichkeiten geprägt sind. Ebenfalls eine Tatsache ist, dass Normalarbeit sich verändert, dass die gängige Definition von Normalarbeitszeit und Normalarbeitsverhältnis und auch von Normalfamilie für einen kleiner werdenden Teil der Bevölkerung zutrifft. Sozial-, familien- und auch geschlechterpolitisch relevant ist es nun, diese Wandlungen zu flankieren, zu unterstützen und in ihrer Unterschiedlichkeit zu begleiten oder zu ermöglichen. Eine Familienpolitik, die ambivalente Anreize bietet (Elterngeld versus Ehegattensplitting), eine Diskussion, die mit „schrägen Zahlen“ (aufklärend: Schmitt/Winkelmann 2005) Akademikerinnen zu „Sündenziegen“ macht, weil sie keine Kinder bekommen, eine Politik, die Gleichstellung der Geschlechter kaum noch thematisiert, ist nicht geeignet, neue Optionen zu öffnen. Es bedarf einer Politik, die nicht unter der Hand Frauenpolitik zu Elternpolitik umdefiniert, die in der Gleichstellung der Geschlechter die wesentliche Voraussetzung für mehr Familienfreundlichkeit und mehr Kinder sieht, die Anstrengungen unternimmt, Frauen und auch Männern beides zu ermöglichen, aber auch die Entscheidung für nur einen Lebensbereich erlaubt und nicht stigmatisiert. Daher lassen sich für eine Politik, die einerseits auf Gleichstellung der Geschlechter abzielt, andererseits auch die Problematik von Familie und Erwerbsarbeit reflektieren will, folgende Inhalte in den beiden zentralen Handlungsfeldern entwickeln:

(1) Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch u. a. Sicherstellung einer hinreichenden Kinderbetreuung, sowohl im Kindergarten- als auch im Schulalter. Für viele Frauen ist und bleibt die Frage, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung vereinbaren, eine der zentralen Fragen in ihrem Leben. Mittel- und langfristig können Überlegungen nach einer lebensphasenorientierten Politik, einer Lebensverlaufspolitik greifen (Allmendinger/Dressel 2004, 2005). Dabei ist es unter einem geschlechterdemokratischen Blickwinkel notwendig, dass vermehrt Maßnah-

men entwickelt und umgesetzt werden, die Männer in Haus- und Familienarbeit einbeziehen, allerdings nicht mehr nur auf der Appellebene, sondern durch verbindliche Regelungen. Die bereits erwähnte Überlegung eines Elterngeldes mit einem „Papa-monat“ ist ein erster Ansatz.

(2) Immer wieder muss die Forderung nach einer verbindlichen Regelung, einem Gleichstellungsgesetz, für die Privatwirtschaft gestellt werden. Erfahrungen mit der freiwilligen Vereinbarung zeigen, dass diese a) kaum bekannt ist und b) auch selten zu Aktionen in Betrieben führte (Klenner 2004b; Lindecke/Klenner 2005). Bei der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes ist wichtig, dass es nicht nur der Karriereförderung – und damit einer kleinen Gruppe von Frauen – dient, sondern auch Themen in den Blick nimmt, die der Mehrzahl der abhängig beschäftigten Frauen nützen, wie die Bewertung von Arbeitsplätzen und Tätigkeitsfeldern oder die Forderung nach gleichem Entgelt für vergleichbare Arbeit. Dieses Gesetz sollte nach dem Grundsatz der „regulierten Selbstregulierung“ gestaltet sein, d. h. verhandeltes Recht mit gesetzlichen Vorgaben (Pfarr 2005).

Flankierend muss auch über ergänzende Maßnahmen in anderen Politikfeldern nachgedacht werden, wie z. B. eine generelle Arbeitszeitverkürzung, die Konzeption der Sozialversicherung und immer wieder das Ehegattensplitting. Eine Debatte über die Inhalte eines „neuen Normalarbeitsverhältnisses“ ist überfällig und sollte mit der Frage neuer Standards („gute Arbeit“) verknüpft werden (WSI-Mitteilungen 2005). Hier sind auch die Tarifvertragsparteien gefordert (Klenner 2005). Last but not least wäre es auch an der Zeit, die Quotendebatte wieder einmal zu entstauben und vor dem Hintergrund eines ausstehenden Anti-Diskriminierungsgesetzes erneut über Quoten und Zielvorgaben zugunsten bisher benachteiligter Gruppen zu diskutieren.

LITERATUR

- Allensbach** – Institut für Demoskopie (Hrsg.) (2005): Kurzfassung der Studie: Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft; im Auftrag des BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/allensbach-zeitfenster-kurzfassung.property=pdf.pdf>
- Allmendinger, J./Dressel, K.** (2004): Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. Entzerrung statt Kumulation von Familie und Beruf; in: Hauptsache Arbeit. Newsletter Deutscher Studienpreis 28, September, S. 9–19
- Allmendinger, J./Dressel, K.** (2005): Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23–24, S. 24–29
- Appen, K. v.** (2004): Ein Job wie jeder andere; in: taz Hamburg 7543 vom 18.12.2004, S. 28, Internet: Quelle: <http://www.taz.de/pt/2004/12/18/a0077.nf/text>
- Beblo, M./Wolf, E.** (2004): Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Faktoren des betrieblichen Engagements; in: WSI-Mitteilungen 10, S. 561–567
- Bertram, H./Rösler, W./Ehlert, N.** (2005): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik; Studie im Auftrag des BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Bielenski, H./Bosch, G./Wagner, A.** (2002): Wie die Europäer arbeiten wollen: Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern, Frankfurt am Main
- BMFSFJ** (Hrsg.) (2004): Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Erste Auswertung einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern oder Pflegeaufgaben, Berlin
- Bothfeld, S./Klammer, U./Klenner, Chr./Leiber, S./Thiel, A./Ziegler, A.** (2005): WSI-FrauenDatenReport 2005 – Handbuch zur ökonomischen und sozialen Situation von Frauen, im Erscheinen
- CDU** (2005): Regierungsprogramm 2005–2009 der CDU; <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducusu.pdf>
- Döge, P.** (2004): „Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem“, Pilotstudie, Berlin
- Gräfinger, E.** (2001): Die Welt von innen – Männer in Karenz. Wien 2001 (Diplomarbeit); in: http://www.familienhandbuch_de/cmain/f_Aktuelles/a_Elternschaft/s_905.html
- Gruescu, S./Rürup, B.** (2005): Nachhaltige Familienpolitik; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23–24, S. 3–6
- Handelsblatt** (2005): CDU-Familienpolitikerin von der Leyen für höheres Kindergeld. Union will bei Wahlsieg das Kinderbetreuungsgesetz der SPD kassieren; in: Handelsblatt vom 17.07., S. 4
- Klenner, Ch.** (2002): Arbeitsmarkt und Gedöns. Rot-grüne Geschlechterpolitik zwischen Aufbruch und Frustration; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, S. 202–210
- Klenner, Ch.** (2004a): „Bilanz 2003“: Brauchen wir wirklich kein Gleichstellungsgesetz?; in: Femina politica Heft 1/2004, S. 91–96
- Klenner, Ch.** (2004b): Gender – ein Fremdwort für Betriebsräte; in: WSI-Mitteilungen 5, S. 277–286
- Klenner, Ch.** (2005): Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben in Deutschland. Manuskript, Düsseldorf
- Klenner, Ch./Lindecke, Ch.** (2003): Gleichstellung von Frauen und Männern in der betrieblichen Interessenvertretung; in: WSI-Mitteilungen 3, S. 177–184
- Lachwitz, K.** (2005): Endlich Grundrechte absichern; in: Freitag 10 vom 11.3.2005, <http://www.freitag.de/2005/10/05100501.php>
- Lindecke, Ch.** (2005): Geschlechterpolitik im Betrieb; in: WSI-Mitteilungen 6, S. 322–328
- Lindecke, Ch./Klenner, Ch.** (2005): Untersuchung zur betrieblichen Gleichstellung; in: Bundesarbeitsblatt, 5, S. 4–11
- Möller, I./Allmendinger, J.** (2003): Frauenförderung: Betriebe könnten noch mehr für die Chancengleichheit tun; in: IAB Kurzbericht 12
- Nohr, B.** (2001): Mainstreaming und Gedöns; in: Freitag 49 vom 30.11., <http://www.freitag.de/2001/49/01491701.php>
- Persson, G.** (2005): Vater, Mutter, Kind. In Schweden gibt es eine Elternversicherung, die Männern wie Frauen die Entscheidungen für Nachwuchs erleichtert, FR-Dokumentation; in: Frankfurter Rundschau 142 vom 22. Juni, S. 9
- Pfarr, H.** (2005): Gleichstellung durch Recht – oder nur Bürokratie durch Recht? Thesen zum Referat auf der Gleichstellungskonferenz der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB, Januar 2005 in Berlin, http://www.boeckler.de/pdf/v_wsi_2005_01_2021_thesepapier_pfarr.pdf
- Prognos AG** (Hrsg.) (2005): Work-Life-Balance – Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität. Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte – Zusammenfassung der Ergebnisse, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Ristau, M.** (2005): Der ökonomische Charme der Familie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23–24, S. 16–22
- Rürup, B./Gruescu, S.** (2005): Familienorientierte Arbeitszeitmuster. Neue Wege zu Wachstum und Beschäftigung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Schmitt, Ch./Winkelmann, U.** (2005): Wer bleibt kinderlos? Was soziostrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten; in: Feministische Studien 1, S. 9–23
- Soldt, R.** (2005): Familienpolitik. Vom weichen Thema zum umkämpften Wahlkampfgegenstand; in: FAZ 85 vom 13.04., S. 4
- Spieß, C. K./Wrohlich, K.** (2005): Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23–24, S. 30–37
- Tolmein, O.** (2005a): Selbstbestimmt widersprechen; in: Freitag 10 vom 11.3., <http://www.freitag.de/2005/10/05100501.php>
- Tolmein, O.** (2005b): Nicht mehr im Zeitplan; in: Freitag 27 vom 8.7., <http://www.freitag.de/2005/27/05280902.php>
- Uschtrin, C.** (2004): Kostspieliger Kinderwunsch; in: Freitag 48 vom 19.11., <http://www.freitag.de/2004/48/04480502.php>
- Wagner, A.** (2005): Familienfreundliche Maßnahmen – Erfahrungen aus der Praxis; in: Bundesarbeitsblatt 8 (im Erscheinen)
- World Economic Forum** (Hrsg.) (2005): Women's Empowerment: Measuring the Global Gender Gap, http://www.weforum.org/pdf/GlobalCompetitivenessReports/Reports/gender_gap.pdf
- WSI-Mitteilungen** (2005): Gute Arbeit – schlechte Arbeit: Für eine neue Diskussion zur Qualität der Arbeit, (Schwerpunktheft 4)